

Sehr geehrter Herr ,

zum wiederholten Male trafen sich gestern von der DSL-Unterversorgung betroffene Einwohner mit Bürgermeister Michaelis und mir als Vertreter der örtlichen Bürgerinitiative. Leider werden die zu verkündenden Tatsachen mit jeder Zusammenkunft scheinbar schlechter. Diesen Eindruck habe sicher nicht nur ich.

Nach dem Abschluss der Ausbaumaßnahmen im vergangenen Jahr gab es zunächst durchaus Hoffnung, Ihre Firma würde schnell und unbürokratisch das Versäumnis abstellen und während des Straßenausbaus den verbliebenen Alt-KVz umstellen. Doch leider löste sich diese Hoffnung nach und nach auf. Vielmehr musste man zur Auffassung kommen, jemand wolle das Problem aussitzen. Ständige Mahnungen und Erinnerungen brachten schließlich im Frühjahr die erste Kooperationsvereinbarung auf den Tisch. Die Konditionen waren annehmbar, wenn auch Fragen offen blieben. Zum Beispiel, warum 95 Prozent des Ortes ohne Beteiligung der Kommune ausgebaut werden konnten und dies bei fünf Prozent nicht gehen sollte. Doch inzwischen haben sich die Konditionen weiter verschlechtert und zuletzt ging das Gerücht um, die Telekom könnte ganz von ihrem Angebot zurücktreten.

Ich weiß inzwischen nicht mehr recht, wie ich mit dem Problem umgehen soll. Ich hatte Ihnen ja bereits geschrieben, dass wir stets Wert auf ein partnerschaftliches, auf Sachlichkeit aufbauendes Verhältnis gelegt haben. Doch seit einem Jahr werden wir ständig enttäuscht. Gestern machte das Wort "Erpressung" die Runde. Was meinen Sie, wie sich das Verhalten der Telekom auf die Kundenbindung auswirken wird?

Sie haben hier viel investiert. Das stimmt. Sie haben aber auch (nicht zuletzt durch unser Bemühen als Bürgerinitiative) eine stark überdurchschnittliche Nachfrage erlebt, die sich in nicht unerheblichen Zuwächsen an Kundschaft bemerkbar macht. Insofern dürfte sich Ihre Investition durchaus rechnen. Ich glaube, das nicht nachlassende Interesse der Einwohner (gestern waren wieder ca. 30 Teilnehmer vor Ort) spricht dafür, dass Sie dies auch für die ausstehende Investition annehmen können. Zähneknirschend sagten die Betroffenen sogar eine Eigenbeteiligung in nicht unerheblicher Höhe zu, nur um endlich das in Anspruch nehmen zu können, was für die Mehrheit in der Gemeinde längst selbstverständlich ist.

Ich bitte Sie daher nachdrücklich, die Angelegenheit zur Chefsache zu machen. Es darf nun keine Verzögerung mehr geben. Sorgen Sie bitte für eine schnelle Unterzeichnung der Vereinbarung. Schüren Sie den wachsenden Frust unter den Betroffenen nicht weiter. Die Menschen hier tragen keine Schuld an Entscheidungen der Bundesnetzagentur. Lassen Sie sie nicht leiden für Dinge, die sie nicht zu verantworten haben. Dies dürfte in unser aller Interesse sein.

In diesem Sinne verbleibe ich in der Hoffnung auf eine baldige Lösung des Problems mit freundlichen Grüßen

Bernd Rudolph